Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.
Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich sechsmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 118. **Halle a. d. Saale, Montag, den 11. März** **1907.**

Mecklenburgische Verfassung.

Im übrigen Deutschen Reiche macht man sich schwerlich eine richtige Vorstellung von der Bedeutung, die das Problem der Verfassungsfrage für den Bundesstaat Mecklenburg besitzt. In jedem neuen Reichstag wurde, seitdem in den siebziger Jahren der mecklenburgische Verfassungsantrag das deutsche Reichsparlament beschäftigt hatte, der Antrag auf Einführung einer Verfassung in Mecklenburg erneut eingebracht, ohne indes praktische Folgen zu zeitigen. Der Antrag kleidete sich meist in die Form, daß hinter Artikel 3 der Reichsverfassung eine Bestimmung aufzunehmen sei, wonach in jedem Bundesstaate eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehende Vertretung bestehen müsse, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich sei. Dieser Frage galt das Hauptinteresse sämtlicher Mecklenburgischer Politiker in allen Parteilagern. Die Liberalen forderten mit Ungestüm die Reform, die Junker widersetzten sich ihr, und mochte im Reiche bei den Wahlen eine Frage welcher Art auch immer als Wahlparole ausgegeben sein, in Mecklenburg kämpfte man in der Reichstagswahlzeit, der einzigen Zeit, in der dort bekanntlich Versammlungsfreiheit herrscht, in der Hauptsache um nichts anderes als um die Verfassungsfrage. So stand auch bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903 in Mecklenburg der Kampf um die handels- und wirtschaftspolitische Frage mehr in zweiter Linie. Desto stärker aber platzten die Gegensätze in der Verfassungsfrage aufeinander, zumal gerade eine Petition der Liberalen, die von dem jungen, im Jahre 1901 zur Regierung gelangten Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg eine „Verfassung" begehrte, mit ablehnendem Bescheide zurückgewiesen worden war und viele Hoffnungen vernichtet hatte. Dabei machten die eigenartigen Presseverhältnisse, die in Mecklenburg herrschen, den Kampf für die Verfassung für die Liberalen äußerst schwierig, zumal von gewisser Seite ein Einfluß ausgeübt wurde dahingehend, daß der liberalen Presse des Landes die Erörterung des Verfassungsproblems möglichst erschwert werden sollte. Daß in dieser Hinsicht auf die führende liberale Zeitung des mecklenburgischen Landes einzuwirken versucht und schließlich auch faktisch eingewirkt wurde, das mag hier außer Betracht bleiben. Es ist das Verdienst der „Rostocker Zeitung", in der kritischen Zeit der Jahre 1902/04, zumal anläßlich der Beratung des mecklenburgischen Landtags über die Dotierung der Landesuniversität Rostock, über den Bau von neuen Eisenbahnen in Mecklenburg, über die Besserung der Schulverhältnisse und über die Arbeitersiedlungsfrage mit Nachdruck allen Angriffen von rechter und linker Seite gegenüber dafür eingetreten zu sein, daß die mecklenburgische „Verfassung", die notwendige Grundlage zu einer wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Reformpolitik in Mecklenburg, nicht in erster Linie von einem durch das Reich ausgeübten Druck, sondern hauptsächlich von der Initiative des Großherzogs zu erwarten sei. Ganz selbstverständlich ging und geht nämlich das Interesse der mecklenburgischen Staatsregierung mit den Wünschen, die eine Verfassung forderen, Hand in Hand, denn der bestehende Zustand, der auf der Union der Prälaten, Mannen und Städte der mecklenburgischen Lande vom 1. August 1523 und dem landesgrundgesetzlichen Erbvergleiche vom 18. April 1755 basiert, ist derart, daß nicht die Regierung des Großherzogs der maßgebende Faktor des Landes ist, sondern daß die aus Ritterschaft und Landschaft bestehende „Landesvertretung" ein fast absolutes Landesregime ausübt, da sie durch ihre itio in partes jeden Fortschritt, jede noch so geringfügige Aenderung des bestehenden Zustandes vereiteln kann. Nur in dem sogenannten Domanium konnte die Großherzogliche Regierung ihren Reformeifer betätigen, wie sie das denn auch mannigfach getan hat; im übrigen aber fand und findet sie sich auf Schritt und Tritt durch die Privilegien der Ritterschaft und Landschaft begrenzt, so daß tatsächlich das an Einfluß und Stimmenzahl überwiegende Ritterkonsortium in Mecklenburg als regierende Partei anzusprechen ist.

Es war nur eine Frage der Zeit, daß der junge Großherzog von Mecklenburg, der im Jahre 1902, kaum zur Regierung gelangt, die Verhältnisse noch nicht in umfassender Weise übersehen konnte, selbst die notwendigen Schritte tat, um die lästigen Fesseln, die sein Land der Reaktion preisgeben, einigermaßen von sich abzuwerfen und wenn ihm jetzt, nach seinem entscheidenden Vorgehen in der Verfassungsfrage der mecklenburgische Landtag durch itio in partes oder auf sonstige Weise einen Strich durch seine Reformpolitik machen will, so hat er es dadurch, daß er sich selbst an das Reich wenden kann, in der Hand, jeden Widerstand zu brechen. Daher sind auch die Befürchtungen, daß diesmal die mecklenburgische Verfassungsreform wieder resultatlos im Sande verlaufen werde, als absolut ausgeschlossen zu erachten. Ist erst die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Reform bei dem Großherzog selbst zum Durchbruch gelangt, so ist der weitere Schritt, die Einführung der Verfassung, nicht mehr aufzuhalten. Daß die mecklenburgische Regierung sich bereits bei der Einführung einer größeren Kultusfreiheit in Mecklenburg vom Reiche hat Anregung zuteil werden lassen, darin liegt ein Präzedenzfall, der für die gegenwärtige Reform gewiß nicht ohne Bedeutung ist.

Das Wesentlichste der Reform wird naturgemäß darin bestehen, das Veto recht der „Landesvertretung", wie es in der itio in partes existiert, zu eliminieren. Daß eine liberale Verfassung noch nicht zu erwarten ist, unterliegt leider keinem Zweifel. Jedenfalls aber müßte die neue Verfassung Raum schaffen für eine gesunde Reform der mecklenburgischen Zustände, die direkt mittelalterlich anmuten. Durch eine vernünftige Verkehrs-, Wirtschafts- und Besiedlungspolitik läßt sich aus dem jetzt von etwa nur 600,000 Einwohnern bewohnten Lande überaus viel machen, und auch der Handel der Seestädte und der Einfluß des mecklenburgischen Staates insgesamt würde sich heben, wenn das 16,000 Quadratkilometer große Land in der richtigen Weise erschlossen würde. Dies war solange nicht möglich als die Verfassung nicht reformiert ist. Möchte für das Land Fritz Reuters endlich einmal die Zeit einer wirklichen „Morgenröte" ankommen sein. F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Konteradmiral a. D. Riedel in Lübeck, langjähriger Vorsitzender des dortigen Vaterländischen Vereins vom Roten Kreuz, ist gestorben.

— Generalmajor Keim wird nach der „Rhein. Westf. Ztg." am 16. März eine auf mehrere Wochen berechnete Erholungsreise nach Italien antreten.

— Das Befinden des Bischofs v. Lingg von Augsburg, der bei einer Priesterweihe in München ohnmächtig wurde und dann nach Augsburg zurückgebracht worden ist, ist dort noch derart ungünstig, daß der greise Erzbischof Stein von München, an seiner Stelle reisend, die Priesterweihen in der Diözese Augsburg jetzt vollzieht.

— Ein verdienstvoller freisinniger Parlamentarier, der Rechtsanwalt Artur Eysoldt, ist in Landegoft bei Dresden im Alter von 75 Jahren verstorben. Er war ehemals Rechtsanwalt in Pirna und von 1871 bis 1887 Vertreter des Pirnaer Wahlkreises im Reichstage.

— Die Nachricht, daß der Abg. Müller-Fulda jetzt oder in den Osterferien des Reichstags zu seiner Erholung eine Reise nach Italien antreten werde, ist der „Germania" zufolge, unrichtig. Herr Abgeordneter Müller-Fulda fühle sich vielmehr so gesund und kräftig, daß er eine solche Erholungsreise nicht nötig habe, vielmehr an den Arbeiten des Reichstages wie bisher in vollem Maße zu beteiligen gedenke.

Der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei,

welcher sich aus den zurzeit in Berlin anwesenden Reichstags- und Landtagsabgeordneten, sowie aus je einem oder zwei Vertretern der Provinzial- oder Bezirksverbände der Partei zusammensetzt, trat am Sonnabend nachmittag um 3 Uhr in Berlin zu der nach dem Organisationsstatut nach jeder Neuwahl zum Reichstag erforderlichen Sitzung zusammen, um seine Neukonstituierung und die Neuwahl des geschäftsführenden Ausschusses vorzunehmen. Die bisherigen Vorstandsmitglieder des Zentralausschusses wurden durch Akklamation auf Vorschlag des Abg. Kaempf einstimmig wiedergewählt, Abg. Schmidt-Elberfeld als Vorsitzender, die Abgg. Funk und Blell als dessen Stellvertreter, ebenso auf Vorschlag des Abg. Albert Traeger als Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses die Abgg. Dr. Müller-Sagan als Vorsitzender, Fischbeck als dessen Stellvertreter, Kaempf als Kassierer, sowie die Abgg. Kopsch und Dr. Wiemer. Wiedergewählt wurde auch durch Akklamation in den geschäftsführenden Ausschuß der Abg. Dr. Müller-Meiningen unter der Voraussetzung, daß der nächste allgemeine Parteitag das Organisationsstatut dahin abändert, daß die Zahl der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses von fünf auf sechs erhöht wird. Abg. Dr. Müller-Sagan sprach dem Zentralausschuß seinen Dank aus für das Vertrauen, das ihm von neuem geschenkt worden, und schloß daran herzliche Dankesworte für den Abg. Dr Wiemer, der ihn während seiner Erkrankung bei der Leitung der Parteigeschäfte in dem überaus schweren Wahlkampf so vortrefflich vertreten habe. An den vom Abg. Blell als Revisor erstatteten Kassenbericht knüpfte der Abg. Müller-Sagan eine eindringliche Mahnung an die Opferwilligkeit der Parteifreunde zur Auffüllung des Zentralwahlfonds der Partei. Zu Revisoren wurden wiedergewählt die Abgg. Blell und Traeger.

Ein neues preußisches Beamtenpensionsgesetz

ist, wie schon kurz gemeldet wurde, dem Herrenhaus zugegangen, das den Zivilbeamten die gleichen Wohltaten gewährt wie den Offizieren und den Militärbeamten das Militärpensionsgesetz vom Jahre 1906 Es wird daher die gleiche Pensionsabstufung wie in dem Offizierpensionsgesetz in der vorliegenden Novelle in Vorschlag gebracht mit der Maßgabe, daß die Steigerung nach dem 30. Dienstjahre, wie bei den Heeresbeamten und den Offizieren vom Regimentskommandeur aufwärts, $^{1}/_{120}$ jährlich beträgt, mithin die Höchstpension von $^{45}/_{60}$ wie bisher mit dem vollendeten 40. Dienstjahre erreicht wird.

Während jetzt die Pension mit $^{15}/_{60}$ des pensionsfähigen Diensteinkommens anfängt und jährlich $^{1}/_{60}$ bis zur Erreichung des Höchstbetrages von $^{45}/_{60}$ nach vierzigjähriger Dienstzeit steigt, wird nach der Novelle die Anfangspension auf $^{20}/_{60}$ erhöht und die Höchstpension ($^{45}/_{60}$) wie jetzt nach 40 Dienstjahren erreicht, sie steigt mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahre (vom zehnten angefangen), also um $^{1}/_{60}$ bis zum vollendeten 30. Dienstjahre und von da um $^{1}/_{120}$.

Außerdem sollen auch die Hinterbliebenen der Zivilpensionäre ebenso wie die der Militärpensionäre besser gestellt werden. Es soll demgemäß die Weiterzahlung des Gehalts an die Hinterbliebenen von einem auf drei im voraus in einer Summe zu zahlende Monatsbeträge der Pension oder Rente erhöht werden. Eine zweite Gesetzesnovelle betrifft die Erhöhung der Witwenpensionen.

Durch das Gesetz vom 1. Juni 1897 ist der Betrag des Witwengeldes von 33$^{1}/_{3}$ auf 40 Proz. der Pension erhöht worden. Der Mindestbetrag wurde von 160 bis 216 M., der Höchstbetrag von 1600 auf 3000 M. festgesetzt. Seitdem ist eine Verbesserung der Bezüge nur indirekt insoweit erfolgt, als jede Aufbesserung der Diensteinkommen eine Erhöhung der Pensionen bewirkte. Die jetzigen Bezüge sind kaum noch zulänglich. Die nach achtjähriger Dienstzeit erdiente Anfangspension beträgt zurzeit $^{15}/_{60}$ = 25 Proz. des pensionsfähigen Diensteinkommens und demnach das Witwengeld 40 Proz. hiervon gleich 10 Proz. des Diensteinkommens. Die Hinaufsetzung der Anfangspension von $^{15}/_{60}$ auf $^{20}/_{60}$ wird eine Verbesserung auch des Anfangs-Witwengeldes um ein Drittel zur Folge haben. Die Wirkung der vorgeschlagenen Pensionserhöhung verfügt jedoch gegenüber denjenigen Witwenbezügen, welche auch bei der Berechnung nach der vorgeschlagenen erhöhten Pensionsabstufung noch unterhalb des geltenden Mindestbetrages von 216 M. verbleiben. Eine Aufbesserung dieses Mindestsatzes ist somit eine notwendige Ergänzung der Verbesserung der Anfangspensionen. Die Hinaufsetzung der Anfangspensionen von $^{15}/_{60}$ auf $^{20}/_{60}$ würde einer Erhöhung des Mindest-Witwengeldes von 216 M. auf 288 M. entsprechen. Der Entwurf geht darüber noch etwas hinaus und sieht eine Erhöhung von 300 M. vor. Zugleich mit einer solchen Verbesserung der Mindestbezüge wird folgerichtig eine Erhöhung der zulässigen Höchstbeträge erfolgen müssen. Es wird vorgeschlagen, diese auf 5000 M. für die erste, 3500 M. auf die zweite Rangklasse (bisher 2500 M.) zu normieren.

Beide Novellen erfordern eine Mehrausgabe von 16,400,000 M. pro Jahr.

Die Aussichten der Schiffahrtsabgaben.

Die Regierung hat am Sonnabend im Reichstage durch den Grafen Posadowsky die Beantwortung der Interpellationen über die beabsichtigten Schiffahrtsabgaben um 14 Tage — d. h. da um diese Zeit schon die Osterferien begonnen haben, bis zum Wiederbeginn der Sitzungen nach Ostern, also um länger als 4 Wochen — hinausgeschoben, um in der Zwischenzeit ein Gutachten des Reichsjustizamts über die verfassungsrechtliche Tragweite des § 54 der Reichsverfassung einzuholen. Man hat keinen Grund, an der Richtigkeit dieses, übrigens offiziell von dem Staatssekretär nicht mitgeteilten Aufschubsmotivs zu zweifeln, wenn es auch seltsam berühren muß, daß die Verb. Regierungen erst jetzt Gelegenheit genommen haben, ein Gutachten des Reichsjustizamts einzufordern, nachdem der Streit über den Art. 54 R V., über dessen Auslegung bis zur zweiten Kanalvorlage nicht der geringste Zweifel geherrscht hat, bereits seit 3 Jahren entbrannt ist und auch im Reichstage wiederholt schon zu lebhaften Diskussionen Anlaß gegeben hat. — Vom Reichstage selbst ist allerdings in dieser Frage nicht viel zu erwarten, da die gesamte Rechte, bis auf wenige Ausnahmen, der größere Teil des Zentrums und ein Teil der Nationalliberalen für die Schiffahrtsabgaben gewonnen sind. Freilich dürften die letzteren bezüglich der Rechtslage, die in den Interpellationen besonders hervorgehoben ist, wohl auf dem Boden der Linken stehen. Die Entscheidung liegt beim Bundesrat, wo erfreulicherweise 15 Stimmen, nämlich die von Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und Anhalt gegen die Abänderung des Art. 54 fest sind, womit eine Dreiviertelmehrheit im Bundesrat, die zur Verfassungsänderung nötig ist, verhindert wird. Allerdings besteht in Preußen die Neigung, durch eigenmächtige Interpretation seitens des Bundesrats den Art. 54 R.-V. auf die Zulässigkeit von Schiffahrtsabgaben hin auszudeuten, was aber wohl an dem Widerstande des größeren Teils der Bundesstaaten scheitern dürfte. Wenn über 40 Jahre hindurch nicht der geringste Zweifel über die Auslegung des Art. 54 bestanden hat, er vielmehr erst auf das Drängen der Konservativen hin im entgegengelegten Sinne interpretiert worden ist, so ist es doch ein starkes Stück, zu verlangen, daß nunmehr das Volk und die Interessenten einfach erklären, daß schwarz weiß sein soll. An der Verfassung, wie an einem Kaiserwort soll man nicht drehen noch deuteln.

Erzberger und Roeren.

Zum Verhalten Erzbergers und Roerens und dem Verhalten des Zentrums zu diesen Mitgliedern schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.":

„Daß der Versuch, die Partei von dem Gewebe der Schuld der einzelnen Mitglieder loszulösen, nicht völlig gelingen kann, darf nicht verschwiegen werden. Die Zentrumsfraktion ist hier ohne Zweifel ebenfalls in hohem Maße engagiert, mindestens so lange, als sie sich nicht entschließen kann, ihrer Mißbilligung einen formellen oder praktischen Ausdruck zu geben. Außerdem aber beweist die, wie wir zugeben, scharfe Kritik, die die Zentrumspresse selber jetzt an dem Vorgehen einzelner Mitglieder übt, und zu üben sich genötigt sah, wie hohe Zeit es war, regierungsseitig mit fester Hand in das Wespennest dieser Beeinflussungspraktiken und Nebenregierungsgelüste einzugreifen. Wenn übrigens die „Köln. Volks-Ztg." aus dem Fall Erzberger auch die Lehre zieht, daß sich ein vorsichtiger Parlamentarier jetzt auf Unterredungen mit Regierungsvertretern überhaupt nicht mehr einlassen könne, so hat sie hier das Pflaster neben die Wunde besetzt. Grund zur Vorsicht hat nach Verlauf der Auseinandersetzungen lediglich das Verfahren des Abg. Erzberger geboten, und die Unterstellung muß scharf zurückgewiesen werden, als ob der Loyalität irgend einer anderen Stelle etwas vorzuwerfen gewesen sei."

Zur Börsenreform.

Die „Köln. Ztg." erfährt, daß in der nächsten Zeit der Börsenausschuß einberufen werden soll, um zu der Börsenreform Stellung zu nehmen. Es gelte für möglich, daß dem Reichstag noch in dieser Tagung eine Novelle zum Börsengesetze vorgelegt werde, bei deren Fassung die von 1904 bis 1906 gemachten Vorlagen und die darüber geführten parlamentarischen Verhandlungen die breite Grundlage bilden. Daß eine parlamentarische Mehrheit für eine den bisherigen Mängeln unserer Börsengesetzgebung abhelfende und die Wünsche der Handelswelt berücksichtigende Reform gefunden werden könne, werde in eingeweihten Kreisen deshalb angenommen, weil die materiellen Interessen der Landwirtschaft von dem Reformwerke bekanntlich überhaupt nicht mehr berührt werden sollen. In dieser Beziehung sei durch die bisherigen Verhandlungen bereits volle Klarheit geschaffen worden.

Halber Spielzwang an höheren Schulen.

Auf Anregung des Ausschusses für die Schülergruppe im Verein für vaterländische Festspiele in Dresden beschloß der Rat der Stadt Dresden, zur Förderung der körperlichen Wohlfahrt der männlichen Jugend an den höheren Schulen versuchsweise den sogenannten halben Spielzwang einzuführen. Dieser besteht darin, daß zu Anfang eines Schuljahres die Eltern auf Anfrage der Schule zu erklären haben, ob sie ihren Sohn freiwillig zum regelmäßigen Besuche der Spiele verpflichten wollen. Im Falle der Bejahung soll der Schüler gehalten sein, sich bei Versäumnis nachträglich zu entschuldigen. Die Schule erhält dadurch die Möglichkeit, ihre Zöglinge zur regelmäßigen Beteiligung an den Spielen anzuhalten. Eine ähnliche Spieleinrichtung wird auch für die höheren Töchterschulen in Aussicht genommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070311011/fragment/page=0001

Zum Hamburger Hafenarbeiterstreik.

Der Ausstand der Hamburger Schauerleute, der Dockarbeiter des Welthafens, hatte am Freitag ein merkwürdiges Widerspiel in London. In Church Street, wo die deutschen Werber ihre Amtsstelle errichtet haben, um anstatt der Streikenden englische Arbeiter anzuwerben, entwickelten sich wilde Szenen des Kampfes um Arbeit. Schon um 6 Uhr morgens standen die Arbeitslosen in dichten Massen in der engen Gasse, meist große, kräftige Männer, Arbeiter, aber man bemerkte auch viele, denen man den armen Bureauschreiber, den verdienstlosen Handlungsreisenden ansah. Als der Agent um 9 Uhr erschien, war die Menge so dicht geworden, daß er nicht mehr durchkommen konnte; keiner wollte den endlich existirenden Platz freigeben. Da nahmen den Agenten einige starke Arme hoch und hielten ihn über die Köpfe hinweg weitergehen bis ins Bureau. Ein Arzt, der zur Prüfung der aufzunehmenden Auswanderer ankam, mußte denselben Weg nehmen. Als die ersten sechs Mann ins Bureau gelassen wurden, war es kaum möglich, die Tür zu schließen, um den Nachstrom aufzuhalten. Einige Männer hatten sich durch ein offenes Fenster ins Bureau hineingezwängt, bis der Agent hinausschrie, kein solcher Eindringling werde angenommen. Der Andrang wurde so stark, daß ein großes Polizeiaufgebot die Menge in Ruhe halten mußte. Die angeworbenen Leute, die der Arzt auf Tauglichkeit prüfte, erhalten in Hamburg als Docker 20 M. die Woche und jeder Mann erhält noch 20 M. bei der Ankunft in Hamburg. Die ersten dreihundert Mann sind schon in Hamburg angelangt.

*

Die am Sonntag in Hamburg abgehaltene Versammlung des Hafenarbeiterverbandes hat einstimmig beschlossen, den früheren Beschluß der Verweigerung der Nacht- und Sonntagsarbeit aufrecht zu erhalten.

Preußisches Landes-Oekonomie-Kollegium.

IV.

Zu der Beratung über den Punkt Forstwirtschaft sind zwei Anträge zur Beratung gestellt.

Oberforstmeister Riebel-Hann.-Münden beantragt:

„Das Landes-Oekonomiekollegium hält es für wünschenswert, daß die jährlichen statistischen Erhebungen über den Nutzen der Forsten weiter ausgestaltet und namentlich auch auf die Gemeinde-Institute und Privatverwaltungen ausgedehnt werden. Er bittet den Herrn Landwirtschaftsminister, geeignete Maßnahmen für diesen Zweck in die Wege zu leiten." Vom Forstmeister a. D. Heynemann-Stettin wird beantragt: „Das Landes-Oekonomiekollegium hält es für wünschenswert, daß 1. der Bericht der Landwirtschaftskammern über Forstwirtschaft ausführlicher als bisher und in übersichtlicher und zusammenhängender Form erstattet, und 2. zur Bearbeitung und Vorberatung gemeinsamer, allgemein wichtiger forstlicher Fragen nach § 6 der Satzungen eine ständige Kommission errichtet werde."

Bei der Abstimmung über die Anträge zum Punkt Forstwirtschaft wurde von der Mehrheit beschlossen, das Wort „Privatwaldungen" aus dem Antrage Riebel herauszustreichen, worauf der Antragsteller seinen Antrag zurückzog. Vom Antrage Heynemann wurde nur Absatz 1 angenommen, Abs. 2 dagegen abgelehnt. — Ferner wurde folgende Resolution von Batocki-Bledau angenommen: „Es ist geboten, daß der Staat sein erhebliches Interesse an einer sachgemäßen Bewirtschaftung der kleinen Privatforstbesitze durch wirksame Subventionen der forstbeträtlichen Tätigkeit der Landwirtschaftskammern betätigt.

Sodann sprach Landtagsabgeordneter Hofbesitzer Engelbrecht-Obendeich i. Hann. über die Abhaltung von landwirtschaftlichen Maschinenkursen der Landwirtschaftskammern mit Staatshilfe. Die Versammlung sprach sich in einem Beschluß in diesem Sinne aus.

Politisches.

— Gegenüber der Erklärung des Generals von Liebert im Reichstage, der ihm gegenüber im 14. sächsischen Kreise unterlegene „Genosse" Schöpflin habe die deutsche Fahne den „Schmutzlappen des Hottentottenblocks" genannt, erklärt der „Genosse" Schöpflin der „Volksztg. f. d. Muldetal": „Ich muß an dieser Stelle antworten und den Reichstagsabgeordneten und königlich preußischen General von Liebert, in bezug auf die gegen mich gerichtete Aeußerung am 1. März d. J. im Reichstage, für einen Lügner erklären." Die „Tägl. Rundsch." meint dazu, General von Liebert würde dem „Genossen" Schöpflin jedenfalls Gelegenheit geben, vor Gericht den Tatbestand festzustellen.

— Die „Köln. Volksztg." bezeichnet die Reorganisation der Zentrumspartei in der Ostmark als dringendes Bedürfnis. Unter den dortigen Zentrumsleuten befänden sich zu viele abhängige Leute, besonders auch Beamte, die sogar oft leitende Stellungen in der Partei inne hätten. In neuester Zeit mache sich ein behördlicher Druck vor allem in antipolnischer Richtung geltend, und da könnten nur wenige widerstehen. Bei den letzten Reichstagswahlen hätten im Osten die meisten deutschen Katholiken jede klare Zentrumsgesinnung vermissen lassen und sich teilweise nicht anders betragen wie willenlose Drahtpuppen der Regierung. Weiter zeige sich auch in der Zentrumspartei Schlesiens ein zu gouvernementaler Zug.

— Der Erzbischof Dr. v. Abert von Bamberg soll beabsichtigen, gegen den Domdechanten Dr. Schädler ein Disziplinarverfahren anzustrengen wegen der scharfen Kundgebungen gegen den Erlaß seines Erzbischofs, nachdem in keiner Weise bei den Wahlen die Sozialdemokratie zu unterstützen sei.

— Auf Zeile 22 der zweiten Spalte des gestrigen Leitartikels hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Dort muß es natürlich heißen, daß eine Konvention der ersten Haager Konferenz die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges ordnete, nicht des Seekrieges. Den Ausführungen, daß das Seekriegsrecht von der zweiten Haager Konferenz erst noch geordnet werden müsse, war ja auch der letzte Teil des Artikels gewidmet.

Parlamentarisches.

— Wenn der Reichstag schnell arbeitet, so will die Regierung ihm einige wichtige Vorlagen unterbreiten, wie den Entwurf betr. Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse, ein Zivilpensionsgesetz (falls der Entwurf zu diesem in den nächsten Wochen fertiggestellt werden kann) und den Versicherungsvertrag, der in der vom Reichstage gewünschten Fassung erscheinen wird.

Parteinachrichten.

— Der in Frankfurt a. M. eingesetzte sog. Einigungsausschuß für die drei freisinnigen Fraktionen ist am Sonnabend zum ersten Mal nach der Reichstagswahl zusammengetreten. Gegenstand der Verhandlungen, an denen die Abgg. Dr. Wiemer und Dr. Müller-Meiningen, Direktor Schrader und v. Payer teilnahmen, bildete eine informatorische Aussprache über die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit, die freisinnigen Vereine im Lande unter Aufrechterhaltung ihrer parteipolitischen Selbständigkeit dauernd oder von Fall zu Fall zu bestimmten wahlpolitischen Aktionen zu vereinigen; ferner wurde die von der Frankfurter Zusammenkunft noch unerledigt gebliebene Frage einer Delegiertenversammlung größeren Stiles erörtert. Auch über das Verhältnis der drei freisinnigen Parteien zu den Nationalliberalen wurde in eine unverbindliche Aussprache eingetreten.

— Die zweite Delegiertenversammlung des Wahlvereins der Liberalen (Freisinnige Vereinigung) wird zum 6. und 7. April d. J. nach Berlin einberufen. Der erste Tag ist ausschließlich der Behandlung geschäftlicher und organisatorischer Fragen gewidmet. Auf der Tagesordnung des zweiten Tages stehen folgende Referate: 1. „Die nächsten Aufgaben des entschiedenen Liberalismus", Referenten: Abgg. Dr. Fr. Naumann und Kommerzienrat Münsterberg. 2. „Der Liberalismus und die Beamten", Referent: Abg. Dr. Potthof.

Wahlprotest.

— Mit dem konservativen Wahlprotest in Memel-Heydekrug scheint es sehr faul zu stehen; denn mehrere Unterzeichner des Wahlprotestes, ein Doktor, ein Amtsgerichtsrat, ein Rechtsanwalt und ein Pfarrer, erklären, daß die Veröffentlichung des Wahlprotestes in der „Ostpreuß. Ztg." ohne ihr Wissen und ohne ihren Willen erfolgt ist und von ihnen entschieden gemißbilligt wird.

Religion und Konfession.

— Die kirchlich Orthodoxen der Provinz Westfalen haben die von Reinoldigemeindevertretung in Dortmund veröffentlichte Vertrauenserklärung für die in dem bekannten Erlaß des Oberkirchenrats vom 8. Februar gelabelten 147 liberalen Geistlichen dem Oberkirchenrat unterbreitet mit der Forderung, die Kirchenbehörden sollten gegen die Veröffentlichung ähnlicher Kundgebungen der Kirchengemeindevertretung einschreiten.

— Verschiedene Blätter verbreiteten die Meldung, wonach die Vornahme einer Teilung der Erzdiözese Köln und Grenzänderungen der westfälischen Diözesen Münster und Paderborn, sowie die Wiedererrichtung des Bistums Mainz zum Erzbistum weiterhin Gegenstand reger Verhandlungen bleiben soll. Wie der „Köln. Ztg." von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist diese Meldung vollständig aus der Luft gegriffen.

Volksschule.

— Wie in den letzten Jahren die weltliche Kreisschulinspektion zugunsten der geistlichen zurückgedrängt worden ist, zeigt höchst lehrreich ein Beispiel, das die Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins aus den Jahrgängen 1887 und 1907 des „Zentralblatts für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen" zusammenstellt. Hiernach sind allein in einem Bezirk, Hessen-Nassau, in der Zeit zwischen jenen beiden Jahren acht fachmännische Kreisschulinspektoren durch Geistliche ersetzt worden! Stärker konnte in einem Bezirk die Verkirchlichung der Volksschule kaum durchgeführt werden.

Bergbau.

— Wie der „Magd. Z." aus bergamtlichen Kreisen in Bochum gemeldet wird, wird der Staat nach Annahme der dem Landtage vorliegenden Bergegesetznovelle betr. Aufhebung der Bergbaufreiheit auf Steinkohle und Salze einstweilen selbst keine Bohrungen im Ruhrkohlenbecken ausführen lassen, sondern seine Tätigkeit auf das schleunige Niederbringen von Förderschächten in seinen westfälischen Kohlenfeldern richten, um seine Selbsterzeugung in Steinkohlen recht bald auf eine konkurrenzfähige Höhe zu bringen. Die Bohrversuche des Staates werden sich zunächst fast ausschließlich auf die ostelbischen Provinzen erstrecken, da beabsichtigt wird, auch diesen nach Möglichkeit größere Industriezweige zuzuführen.

Sozialpolitik.

— Zum Etat für das Reichsamt des Innern haben die Abgeordneten Giesbert und Gen. vom Zentrum den Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, durch den Beirat für Arbeiterstatistik Untersuchungen veranstalten zu lassen über die Arbeitsverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken und den dazu gehörigen Nebenanlagen.

Kommunales.

— Die oldenburgische Regierung hat den sozialdemokratischen Brauergehilfen Otto Nickel in Fackenburg als Beigeordneten des Vorstehers der Gemeinde Stockelsdorf bestätigt. „Genosse" Nickel ist Mitglied des Zentralvorstandes der sozialdemokratischen Partei für das Fürstentum Lübeck.

Verwaltung und Rechtspflege.

— In dem Prozeß gegen Hertzberg und Genossen in Neustettin legte die Oberstaatsanwaltschaft Berufung gegen das freisprechende Urteil der ersten Instanz ein. Das bedeutet eine starke Desavouierung des Staatsanwalts, der in der ersten Instanz selbst die Freisprechung der Angeklagten beantragte.

Hygiene und Medizinalwesen.

— Der Düsseldorfer Frauenverein beschloß angesichts der bevorstehenden Eröffnung der Akademie für praktische Medizin die Errichtung eines Instituts, in dem Damen jeder Konfession aus ganz Deutschland als Krankenpflegerinnen unentgeltlich ausgebildet werden sollen. Die Stadt Düsseldorf hat bereits ein großes Baugrundstück zur Verfügung gestellt.

Lohnbewegung.

— Anstatt daß nun der Berliner Holzarbeiterstreik sein Ende erreicht, hat sich am Sonnabend die Aussperrung der Holzarbeiter stark vergrößert. Nachdem in den Vororten 1000 Bautischler entlassen sind, wurden noch über 13,000 ausgesperrt. Die Versuche der Ausgesperrten, in eigenen Werkstätten den Meistern Konkurrenz zu machen, sind gescheitert.

— Sämtliche Tapezierergehilfen in Erfurt sind in den Ausstand getreten.

Koloniales.

— In dem Vertrage mit den Bondelzwarts ist, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" aus Berlin erfahren, die Mission über den Stamm der katholischen Mission übergeben. Die evangelische Mission ist ausgeschlossen, ihre Angehörigen dürfen das Gebiet nicht betreten, obwohl die evangelische Mission die Bondelzwarts zu Christen gemacht hat. — Diese Nachricht klingt uns ganz unglaublich. Man kann doch unmöglich in Afrika den in Deutschland längst aufgegebenen Grundsatz Cujus regio ejus religio proklamieren wollen. Zudem hat Kolonialdirektor Dernburg in der Reichstagssitzung am 6. März noch ausdrücklich den Missionaren beider Konfessionen den Dank ausgesprochen, den sie durch ihre auf die Befriedigung des Schutzgebietes gerichteten Bemühungen erworben haben. Wir möchten daher die Mitteilung der „Münchener Neuesten Nachrichten" vorläufig als tendenziös bezeichnen.

Preußischer Landtag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung".)

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 9. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Breitenbach.

Die zweite Beratung des Eisenbahnetats wird bei den Zugverbindungen fortgesetzt, wobei zahlreiche lokale Wünsche ausgesprochen werden.

Abg. v. Bannbach (kons.) regt an, daß die Schnellzüge zwischen Kassel und Frankfurt sämtlich in Treysa halten.

Abg. Frhr. v. Bodenhausen (kons.) fordert bessere Verbindungen zwischen Torgau und Dresden.

Minister Breitenbach dankt für die Vorbringung des reichen Materials und sagt eine eingehende Prüfung und Sichtung aller Wünsche zu.

Damit ist die Debatte über die Zugverbindungen beendet.

Es folgt die Beratung der dauernden Ausgaben.

Zum Kapitel „Besoldungen" liegt vor: 1. ein Antrag Kopsch (fr. Vp.) und Gen.:

Die Regierung zu ersuchen, ihr Einverständnis dahin auszusprechen, daß bis zur dritten Etatsberatung das Gehalt der Lokomotivführer derart festgesetzt wird, daß das Anfangsgehalt 1500 M., das Endgehalt 2500 M. beträgt und die bisherigen Dienstaltersstufen beibehalten werden.

2) ein Antrag Trimborn (Zentr.) und Gen.:

„Die noch vorhandenen Eisenbahnbetriebssekretäre in die Klasse der Bahnhofs-, Güter- und Kassenvorsteher zu überführen oder sie im Rang und Gehalt denselben vom Etatsjahr 1907 ab gleich zu stellen."

Berichterstatter Abg. Schmieding bittet, diese Anträge der Budgetkommission zu überweisen, die ja über die allgemeine Gehaltsaufbesserung zu beraten hat.

Abg. Goldschmidt (Fr. Vpt.) hebt die sozialpolitische Fürsorge des verstorbenen Ministers v. Budde hervor und bemängelt das geringe Einkommen der unteren und mittleren Beamten, denen man zumutet, einen Teil ihrer Arbeit honoris causa zu verrichten. Namentlich müßte das Gehalt der Lokomotivführer anders bemessen werden. Aus diesem Grunde sei der Antrag Kopsch gestellt, um dessen Annahme er bitte. Es sei eine allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter und der Arbeiterlöhne notwendig, denn unter der Verteuerung der Lebensverhältnisse litten alle, bis zum Minister hinauf. Redner verliest den Brief eines Eisenbahnschaffners, der eine siebenköpfige Familie habe und dem nach Abzug der Wohnungsmiete 38 Pfennig pro Kopf der Familie für den täglichen Unterhalt und die Kleidung übrig bleiben. Auch die Zugführer seien ungenügend besoldet. Dem Antrag Trimborn stimme er durchaus zu; er freue sich, daß der Minister die gegen die Betriebssekretäre geübte Ungerechtigkeit selbst anerkenne. Zu wünschen sei es, daß zur Verhütung von Unfällen nicht mehr der letzte Eisenbahnpostwagen, sondern der Gepäckwagen als Schutzwagen einrangiert werde. Bessere Vorkehrungen müßten auch zum Schutze der Streckenarbeiter getroffen werden. Die Urlaubsgewährung an Eisenbahnarbeiter begrüße er mit Genugtuung, aber die aufgestellte Urlaubsordnung gehe nicht weit genug. Wenn erst nach siebenjähriger Tätigkeit 4 Tage und nach zehnjähriger Tätigkeit 6 Tage gewährt werden, so sei das zu wenig. Die Bahnverwaltung sollte sich an der Stadt Berlin ein Beispiel nehmen, die ihren Arbeitern schon nach fünf Jahren eine Woche Urlaub jährlich zubilligte. Besonders zu bekämpfen aber sei es, daß der Urlaub bei der Bahnverwaltung nur gewährt werden kann. Dieses Wörtchen „kann" müßte unter allen Umständen in den Erlaß des Ministers gestrichen werden. Auch müßte die neunstündige Arbeitszeit in allen Eisenbahnwerkstätten strikte durchgeführt werden. Die durchschnittlichen Arbeitslöhne seien von 2,82 auf 2,89 M. pro Tag gestiegen. Diese Steigerung sei angesichts der verteuerten Lebenshaltung durchaus unzureichend. Wenn man endlich den Wunsch habe, daß sozialdemokratische Bestrebungen bei den Eisenbahnern nicht Platz greifen, dann müsse man die Ursachen der Unzufriedenheit beseitigen. Mit dem Berliner Wohnungswesen der Arbeiter stehe es nicht so schlimm wie Herr v. Brandenstein es darstelle. Berlin halte durchaus den Vergleich mit anderen Städten aus und es verbreite auch den Segen der Großstadtkultur auf das platte Land. (Lachen rechts.) Der Minister dürfe keinesfalls dem konservativen Wunsche gemäß die Arbeiterwochenkarten einschränken. Der Arbeiter suche auch seinem Bildungsbedürfnis in der Großstadt zu genügen, und das dürfe man ihm nicht verkümmern. (Beifall links.)

Minister Breitenbach: Ich bin bemüht, das Testament meines Amtsvorgängers durchzuführen. Er hat mir als seinen Wunsch insbesondere drei Maßnahmen mitteilen lassen: 1. die Gewährung von Erholungsurlaub an Arbeiter unter Fortzahlung des Lohnes; 2. Kleiderzuschüsse an Unterbeamte; 3. Anrechnung der Hilfsunterbeamtenzeit auf das Dienstalter. Der Erholungsurlaub ist schon eingeführt, die Kleiderzuschüsse finden Sie in diesem Etat, und die Anrechnung der Hilfsdienstzeit wird auch demnächst durchgeführt werden. (Beifall.) Ich bin mit meiner Pflichten gegenüber den Arbeitern und Beamten voll bewußt und werde ihre Lebenshaltung mit den von mir erreichbaren Mitteln zu verbessern suchen. Als langjähriger Verwaltungsbeamter weiß ich ungefähr, wo unseren Angestellten der Schuh drückt. Die Löhne sind bereits dauernd erhöht worden. 1900 betrug der Durchschnittslohn 2,72 M., 1905 2,89 M. und jetzt ist er auf 3,07 M. gestiegen. Jeder Pfennig an Lohnerhöhungen bedeutet für uns eine Mehrausgabe von 837,400 M. im Jahre. Wir haben in der Zeit von 1905—1907 an Löhnen und Gehältern eine Mehrausgabe von insgesamt 40 Mill. gehabt, hierdon entfallen auf die Arbeiter 17 Millionen. Natürlich müssen wir in allen Lohnfragen Rücksicht nehmen auf die Lage von Industrie und Landwirtschaft. (Sehr richtig.) Wir können nicht mit Lohnerhöhungen vorneilen, sondern nur nachfolgen. Dafür haben aber unsere Arbeiter ganz wesentliche andere Vorteile: Es erfolgen keine Entlassungen wegen Arbeitsmangel, es stehen den Arbeitern berechtigte Ansprüche an die Pensionskasse zu, es sind viele etatsmäßigen Stellen vorhanden, die vorwiegend mit ehemaligen Arbeitern besetzt werden usw. Daß sich unsere Arbeiter bezüglich des Urlaubsgenusses schlechter ständen, als anderwärts, bestreite ich. Das ist nicht der Fall: Ein Arbeiter, der 26 Jahre alt ist, erhält zum Beispiel bereits einen sechstägigen Urlaub, der in Wirklichkeit infolge der beiden Sonntage ein achttägiger ist. Von der Arbeiterschaft wird diese segensreiche Einrichtung auch voll gewürdigt. Die behaupteten Unfälle des letzten Jahres bei Streckenarbeiten haben Anlaß gegeben, die bestehenden Vorschriften noch zu verschärfen. Was das Koalitionsrecht betrifft, so unterscheide ich zwischen anderen Arbeiterkoalitionen und solchen, die die bestehende Gesellschaftsordnung umstürzen wollen. Ich lasse den Arbeitern volle Freiheit, soweit es sich nicht um solche Umsturzbestrebungen handelt. Da aber ist die Verwaltung energisch eingeschritten, und das ist ihr gut gelungen. Selbst in schwierigen Zeiten konnten wir alle Bestrebungen hintanhalten, die auf Erschütterung der bestehenden Ordnung gerichtet waren. (Beifall.) Wenn ich gegen den süddeutschen Verband habe einschreiten müssen, so haben die Tatsachen bewiesen, daß ich durchaus Recht hatte. (Sehr richtig!) Die Herren werden ja die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages verfolgt haben. Dort hat der Abg. Legien gesagt: „Um das Getriebe des Staates lahm zu legen, bedürfen wir in erster Linie der Organisation der Transportarbeiter und vor allem der Eisenbahner." (Hört! hört!) Und da soll der Chef der Verwaltung die Arme zusammenschlagen und zusehen, wie unsere Angestellten zu solchen Koalitionen herübergezogen und zur Anordnung angehalten werden? (Lebh. Zustimmung.) Es ist Ihnen allen ja bekannt, welche ungeheuren Kalamitäten die Generalstreiks der Eisenbahner in anderen Ländern hervorgerufen haben. (Sehr richtig!) Wir haben das ja in Italien, Rußland, Holland und neuerdings in Bulgarien gesehen. Ich würde nicht an meinem Platze stehen, wenn ich hier still zusehen sollte. (Lebh. Zustimmung.) Wenn Sie den Wahlaufruf lesen, den der süddeutsche Verband vor den Wahlen in seinem Organe veröffentlicht hat, so würden Sie nicht zweifelhaft sein, daß ich rechtmäßig und sorgsam gehandelt habe. (Lebh. Beifall.)

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (Bericht der Geschäftsordnungskommission über den Antrag auf strafrechtliche Verfolgung des verantwortlichen Redakteurs der „Erfurter Tribüne", Eisenbahnetat). Schluß 4¼ Uhr.

Ausland.

Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Der Stand der Ausgleichsverhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung wird in Budapest als günstig bezeichnet. Bezüglich der indirekten Steuern auf Zucker,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070311011/fragment/page=0002

Spiritus, Bier und Petroleum ist, wie der „Pester Lloyd meldet, grundsätzlich eine getrennte Verwaltung ausgesprochen; in welcher Weise die Verzollung der eingeführten Produkte bei dem Eintritt über die Grenze des anderen Staates durchgeführt werden soll, ist noch unbestimmt, ebenso liegt noch nichts Authentisches darüber vor, ob der Ausgleich auf eine längere Dauer als bis 1917 abgeschlossen werden wird.

Der Bau des Kanaltunnels.

Der Beschluß des englischen Unterhauses, durch den die Vorlage betr. den Bau des Kanaltunnels an den Ausschuß rückverwiesen wird, ist tatsächlich eine Ablehnung der Vorlage. Sie wird, der „Magdeb. Ztg." zufolge, in der jetzigen Tagung nicht mehr zur Verhandlung gelangen.

Der Algeciras-Vertrag.

In einem offiziösen Artikel der „Dépêche Marocaine" wird die Nichtigkeit der Meldungen über die Einrichtung von funkentelegraphischen Stationen in den Hauptorten von Marokko durch ein französisches Konsortium unumwunden zugegeben. Die amtlichen französischen Kreise beobachten immer noch Schweigen, doch nimmt man auf deutscher Seite an, daß sie ihre Zustimmung versagen werden, da sonst eine flagrante Verletzung des Artikels 105 der Algeciraskakte vorliegen würde.

In einer aus Tanger datierten Meldung des „Temps" wird erklärt, daß die französische Industriegesellschaft, die in Marokko Stationen für Funkentelegraphie einzurichten beabsichtigt, in regelrechter Weise die zur Aufstellung von Masten erforderlichen Grundstücke gekauft und für dieses Unternehmen der Einwilligung des Maghzen nicht bedurft habe. Die Legung der englischen und französischen Telegraphenkabel sei gleichfalls ohne vorherige Verhandlung mit dem Maghzen erfolgt. Da die Funkentelegraphie für die Errichtung der Masten keine öffentlichen Plätze oder Straßen in Anspruch nehme, so habe die Bestimmung in der Algeciraskakte sich nicht auf die Funkentelegraphie beziehen können.

Oesterreich-Ungarn.

In Wien ist der Feldmarschalleutnant a. D. Otto Freiherr v. Scholley im 85. Lebensjahre gestorben. Er war ein Stiefsohn des Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. von Hessen und infolgedessen auch ein Stiefbruder des Fürsten Heinrich von Hanau.

Provinzialnachrichten.

* **Merseburg**, 9. März. [Zum Elster-Saale-Kanal.] Der Verein für städtische Interessen verhandelte über den Elster-Saale-Kanal und entschied sich für das Projekt Leipzig-Crepyan, da es von wesentlichem Nutzen sei, wenn Merseburg einen Umschlagshafen erhalte. Namentlich die Aufschließung der Kohlenfelder im Geiseltriche würde viel dazu beitragen, daß das Projekt Leipzig-Crepyan dem andern wesentlich teureren Projekt vorgezogen wird; durch letzteres würde Merseburg vom Kanalverkehr ausgeschlossen. Die Verkehrsdeputation wird sich demnächst auch mit dem Projekt beschäftigen. Die landwirtschaftliche Kreisvertretung hat an die Landwirtschaftskammer die Bitte gerichtet, den Bau des Kanals Leipzig-Crepyan zu unterstützen.

* **Naumburg**, 9. März. [Die „Wölfe", von denen in diesen Tagen aus zwei Orten unserer Provinz berichtet wurde und die wohl manches furchtsame Gemüt mit Besorgnis erfüllten, haben sich als andere Tiere herausgestellt. Der neulich aus Bretten-worbis signalisierte „Wolf" hat sich bekanntlich als ein großer Fleischerhund entpuppt und etwas Aehnliches ist es auch mit dem grimmen „Wolfe", der in Görschen seit kurzem sein Unwesen trieb. Am Donnerstag nachmittag hieß es dort wieder: „Der Wolf ist da; am Kaiserberge ist sein Lager." Sofort gingen einige Jäger auf die Bestie, die verfolgten die Bestie, die nach dem Kiefern- und Eichenwalde zu flüchtete. Bald war fast das ganze Dorf auf den Beinen und beteiligte sich an der Wolfsjagd. Von seinen Verfolgern umstellt, wandte sich das Tier wieder dem Orte zu, trabte dem Laufe des Görschbaches hinauf und auf der Straße zwischen Droßen und Görschen entlang, setzte über Hecken, Zäune und Gräben, raste über den Friedhof und durchs Pfarrgehöft und rettete sich zuletzt noch in die Schmiede. Hier wurde der „Wolf" vom Schmiedemeister angekettet, denn es war sein eigener Hofhund, ein Wolfshund!

S. **Helbra**, 10. März. [Unglücksfall.] Auf der Bernhardtschen Ziegelei verunglückte der Ziegeleiarbeiter Paul Schneider dadurch, daß er durch herunterkollende Tonmassen verschüttet wurde. Der bedauernswerte Mann verstarb an den erlittenen Verletzungen auf dem Transporte nach dem städtischen Krankenhause in Eisleben.

* **Stadtfurt**, 9. März. [Zu dem Leichenfund] auf der Chaussee zwischen Güsten und Rothmannsdorf wird noch berichtet: Das Gesichtr wurde gestern nacht in Unsebung angehalten und dort untergebracht. Frau Schulze aus Altenweddingen, der die Trauernachricht übermittelt wurde, traf mittags hier ein zur Rekognoszierung. Es wird vermutet, daß ein Raubmord vorliegt. Der Tote war Donnerstag nachmittag auf der Tour, um, wie seit Jahren üblich, sein Fabrikat an seine Kundschaft abzuliefern. In Neundorf soll er mit einem Bekannten noch ein Glas Bier getrunken haben und im Besitz von 300 M. in Papier gewesen sein. Von Neundorf fuhr Schulze nach Güsten, setzte ebenfalls seine Ware ab und soll dann die Heimfahrt angetreten haben.

* **Nordhausen**, 9. März. [Für die geringe Bevölkerungszunahme] in unserer Stadt, die in den letzten 25 Jahren nicht ganz 5000 Seelen betrug, machen die städtischen Körperschaften die Wohnungsnot verantwortlich. Es herrscht hier ein Mangel sowohl an Arbeiter- als an mittleren und größeren Wohnungen, der namentlich viele höhere Beamte hindert, ihren Wohnsitz hierher zu verlegen. In dieser Angelegenheit hat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Contag eine besondere Kommission umfangreiche Erhebungen angestellt, die nach dem Beschluß der städtischen Körperschaften nunmehr unverzüglich in die Praxis übergeführt werden sollen. Es soll die Bautätigkeit gefördert werden durch Anlegung provisorisch fertiggestellter Straßen, Hergabe von städtischem Bauland zum Selbstkostenpreise unter zeitweiser Stundung des Kaufpreises zu niedrigem Zinsfuß und auch teilweise Befreiung von den ortsstatutarischen Verpflichtungen. Ferner soll der Not an Arbeiterwohnungen abgeholfen werden durch Erwerbung verschiedener Grundstücke seitens der Stadt und Umbau in Wohnungen zum Preise von 90—120 M. jährlich, sowie durch Gewährung von Darlehen an Unternehmer, die Neubauten aufführen oder ihre Häuser zu Arbeiterwohnungen umbauen wollen, sofern diese den Anforderungen der Gesundheitskommission entsprechen.

Lützen, 12. März. [Auf schlimme Weise] verunglückte in Peißen das vierjährige Töchterchen des Gutsbesitzers Knüpfer. Das Kind fiel in das unverdeckte Getriebe einer Dreschmaschine, wobei ihm ein Aermchen, der Rumpf und Kopf so zerquetscht wurden, daß es bald darauf den Geist aufgab.

Heiligenstadt, 12. März. [Ein Waldbrand] entstand in der sog. „Hardt" bei Mackenrode. Der Bestand von 3/4 Hektar wurde durch den Brand vernichtet. Es wird angenommen, daß das Feuer durch einen weggeworfenen glimmenden Zigarrenrest verursacht ist.

* **Weimar**, 11. März. [Zur Disposition] ist mit Genehmigung des Großherzogs der Ministerial-Archiv-Assistent Karl Speiser, der in dem Bachprozesse eine Rolle spielte, aus Rücksicht des öffentlichen Dienstes gestellt worden.

* **Gera**, 11. März. [Der Stadtrat] veröffentlichte bisher seine amtlichen Bekanntmachungen auch in der sozialdemokratischen „Tribüne". In jüngster Zeit hat er aber beschlossen, das nicht mehr zu tun. Als Grund dafür gab er auf eine Anfrage an, er habe den Beschluß gefaßt mit Rücksicht auf den Ton, der in der „Tribüne" gegen die städtischen Behörden angeschlagen werde. Die Annahme der Sozialdemokraten, daß der Stadtrat sich dem von den bürgerlichen Parteien ausgesprochenen Boykott der sozialdemokratischen Geschäfte angeschlossen habe, sei durchaus unzutreffend.

* **Gera**, 11. März. [Eine Preistafel] muß künftig in Läden, in denen Fleisch verkauft wird, aushängen. Preis und Art (Ochsen-, Bullen-, Kuhfleisch usw.) des Fleisches muß genau darauf verzeichnet sein.

sk. **Eisenach**, 11. März. [Der gestörte Marcelli Salzer-Abend.] Zu einem peinlichen Zwischenfall kam es am Sonnabend bei den Rezitationen Marcell Salzers in der „Erholung". Da einige in der vorderen Reihe sitzende Damen und Herren zu laut die Rezitationen Salzers kritisierten, verließ dieser plötzlich mit den Worten: „Ich bin doch kein Sprachmacher, ich bin ein Künstler", die Bühne. Beim Wiedererscheinen wandte sich der Künstler dann nochmals zu den störenden Personen und sagte, „es wäre mir lieber gewesen, Sie hätten mich heute nicht besucht." Die betreffenden Damen und Herren, denen eine systematische Störung fern lag und die sich nachher auch entschuldigt haben, mußten dann auf Verlangen des Publikums von dem Künstler, dessen Nervosität an die Nitsches im Gewandhauskonzert erinnert, das Feld räumen.

□ **Eisenach**, 10. März. [Ein schlimmer Streich] ist in diesen Tagen gegen die im Juni in Eisenach stattfindende „Gastwirtsgewerbliche Ausstellung" in Szene gesetzt. In Tausenden von Exemplaren wurde nämlich an die Förderer und alle etwa als Aussteller in Frage kommenden Firmen ein anonymes, absolut unwahres und die Gehässigkeit an der Stirn tragendes Flugblatt versandt. Alle Anzeichen sprachen dafür, daß es von einem berufsmäßigen Ausstellungsunternehmer verfaßt ist, der sich durch das Eisenacher Unternehmen beeinträchtigt fühlt. Die Staatsanwaltschaft hat die Verfolgung der Angelegenheit bereits in die Hand genommen. Bemerkt sei, daß die Vorarbeiten zu der Eisenacher Ausstellung, in durchaus soliden und geschickten Händen sich befinden und einen sehr guten Fortgang nehmen.

⊙ **Leipzig**, 11. März. [Orientierungs-Hauspläne.] Eine äußerst zweckmäßige Einrichtung, die sich bereits in vielen Großstädten bewährt hat, soll auch in Leipzig Eingang finden. Auf den Vorhallen resp. Hausfluren und Durchfahrten der Wohn- und Geschäftshäuser sollen sog. Orientierungs-Hauspläne angebracht werden, die in der Nähe vorhandenen Feuermeldestellen, Polizeiwachen, Postämter, Unfallstationen, Aerzte, Apotheken, die Lage der im Hause befindlichen Hauptähne der Gas- und Wasserleitung usw. angeben.

Vermischtes.

Selbstmord. Gestern vormittag tötete sich in Dresden der 41jährige unverheiratete Amtsgerichtsrat und Reserveleutnant Richard Röhrborn vom Amtsgericht Dresden-Neustadt in seiner Wohnung, indem er sich vor dem Spiegel in die Schläfe schoß. Ein amtliches Vergehen liegt nicht vor; wahrscheinlich handelt es sich um geistige Umnachtung.

Vor der Trauung. In Beckeroth hat sich eine Braut erhängt, die gerade vom Bräutigam zur standesamtlichen Trauung abgeholt werden sollte.

Der Lohnkampf in Paris. Den 1200 streikenden Elektrizitätsarbeitern ist es gelungen, ihre Genossen in dem fabrikreichen Vororte St. Denis zum Anschluß zu bewegen. Besonders bedenklich ist die Lage bei der Metroarbeit und unterhalb des Seineflusses. Man befürchtet, daß bei fortgesetzter Unterbrechung der Arbeiten eine Ueberschwemmung des Tunnels eintreten könnte. Der Pariser Gemeinderat erledigte nachts in aller Eile die schwebenden Gasfragen, um einen Streik der Gasarbeiter zu vermeiden.

Revolverattäte. Am Sonntag abend versuchte in Paris der Wagenbauarbeiter Golibois im Hotel Montmartre eine Frau zu erwürgen, mit der er dort abgestiegen war. Als der Besitzer des Hotels und ein Kellner ihn daran verhindern wollten, zog Golibois einen Revolver, verwundete den Hotelbesitzer und tötete den Kellner. Als er dann von dem Polizeibeamten Monnier und dem Unterleutnant der Reserve der Kolonialinfanterie Cupillat verfolgt wurde, zog Golibois von neuem seinen Revolver, tötete Monnier und verwundete Cupillat. Golibois wurde dann durch Polizeibeamte verhaftet und mußte vor der Menge geschützt werden, die ihn lynchen wollte.

Gasexplosion. Gestern nacht ist in Konstantinopel das türkische Lyceum Galata-Serai infolge einer Gasexplosion abgebrannt. Verluste an Menschenleben sind dabei nicht zu beklagen.

Die Renaissance der Nachthaube. Von jenseits des Kanals kommt eine aufregende Nachricht: Die Nachthauben werden wieder modern. Die weiße Haube, wie sie einstens die Großmutter trug, schmiegt sich heute um das schönste Köpfchen der jugendlichen Modedame. Unschwend danken wir es der Influenza, daß diese altehrwürdigen Hauben in England eine Auferstehung feiern. Die Aerzte haben die schönen Engländerinnen davon überzeugt, daß die Nachtmütze das beste Abwehrmittel sei gegen Rheumatismus und Erkältung, die Vorläufer der Influenza. Und die Hygiene hat über die Koketterie gesiegt. Freilich kann die schöpferische Modephantasie auch an einer simplen Nachthaube sich betätigen, zarte Spitzchen und Rüschenkombinationen ersinnen, zarte Farbentöne klingen lassen. Und diese neue Industrie ist bereits im schönsten Gange. Nur die Männer scheinen von der neuen Mode nicht erbaut zu sein und sträuben sich stumm dagegen, auch ihrerseits zur guten alten Zeit zurückzukehren und sich beim Schlafengehen eine lange Zipfelmütze über die Ohren zu ziehen.

Standesamtliche Nachrichten.

Standesamt Halle N. (Burgstraße 38), 9. März.

Aufgeboten: Güterbodenarbeiter Hugo Zimmermann und Anna Baschlon (Wahren-Leipzig und Am Kirchtor 8).

Eheschließungen: Bahnarbeiter Otto Enke und Marie Vogel (Blumenthalstr. 23 und Wörthstr. 1). Arbeiter Karl Mixdorf und Olga Huhn (Seebenerstr. 47). Maurer Karl Wentzke und Anna Zeuchner geb. Kuhne (Rolnstr. 1 und 2). Kaufmann Wilhelm Diederich und Martha Gröger (Stötteritz b. Leipzig und Lessingstr. 5). Schneidermeister Paul Schoenborn und Ida Heyne (Böckstr. 4 und Unter-Teutschenthal).

Geboren: Maurer Karl Pille T., Gertrud (Seydlitzstr. 4). Steindrucker Karl Dießner T., Charlotte (Angerweg 5 e).

Gestorben: Dekorationsmalers Rudolf Budschkat S. Erich, 1 J. (L. Wuchererstr. 62). Gastwirts Bernhard Plonka T. Rose, 8 J. (Dieskauerstr. 11). Geschäftsführers Hermann Grimm T. Frieda, 7 Mon. (Böckstr. 4).

Standesamt Halle S. (Steinweg 2), 9. März.

Aufgeboten: Schlosser Karl Brinkmann u. Margarete Wolter (Ladenbergstraße 2). Kaufmann Walter Dorenburg und Olga Herold (Gerbstedt und Rathausstr. 4). Bäcker Otto Wolter und Anna Münchhoff (Liebenauerstr. 163). Schlosser Walter Rüth und Luise Fritsche (Meckelstr. 8). Photograph Guido Darnstädt und Erna Ninow (Parkstraße 17 und Geiststraße 35). Fleischer Hermann Böhlert und Hedwig Saalfeld (Glaucharerstraße 75 und Gr. Ulrichstraße 52).

Eheschließungen: Arbeiter Karl Waldheim und Marie Seidewitz (Gr. Brunnenstr. 69 und Mittelstr. 13). Kesselmacher Paul Dolchow und Martha Sommer (Kl. Brauhausstr. 4 und Brüderstraße 11). Eisenbahn-Hilfsbremser Franz Sonnenkalb und Anna Kunth (Steinbestr. 19 und Gleina). Handarbeiter Paul Rabe und Minna Brockhaus (Gerberstr. 5 und Gr. Brauhausstr. 2). Mechaniker Emil Henke und Helene Koch (Beeltzstraße und Marienstraße 1). Kaufmann Arno Heckert und Gertrud Schumann (Mühlweg 47 und Gr. Steinstr. 30). Kaufmann Otto Birner und Margarete Noah (Kl. Steinstr. 8 und Langestr. 27). Klangermeister Alwin Henze und Ida Bohle (Rud. Hahnstr. 30 und Advokatenweg 44). Schuhmacher Paul Deutschbein und Marie Mänicke (Ostrau und Mansfelderstr. 45).

Geboren: Arbeiter Richard Vogel S., Richard (Zwingerstr. 9).

Gestorben: Privatmann Friedrich Dietze, 76 J. (Bringenstraße 19). Heizer Andreas Zydlewicz, 23 J. (Bergmannstrost). Arbeiters Otto Bauermeister S. Franz, 2 J. (Bergmannstrost). Militärinvalide Wilhelm Höbald, 69 J. (Klinik).

Auswärtige Aufgebote.

Buchhalter Hugo Weber u. Minna Behrend (Halle a. S. u. Eisleben). Oberkellner Bernhard Dietrich u. Rosa Linke (Nordhausen). Bahnarb. Paul Fölbrig u. Anna Kipping (Bruchdorf u. Golbitz). Privatdozent, Direktor des Stat. Amts Dr. jur. Albert Hesse u. Dora Deutlicke (Berlin) Bergarb. Richard Wolf u. Anna Herrmann (Trebnitz u. Streckau). Oberfeuerwerker Ludwig Meyer u. Emma Egeling (Aschersleben). Tischler Karl Jaeger u. Emma Könneke (Halle a. S. u. Schwanebeck).

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beutbner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —
(einschl. „Unterhaltungsblatt").

Für Küche Haushalt, Badezimmer Laden, Hôtel, Restaurant ist
SAPONIA
ein vorzügliches Putz- u. Scheuermittel besonders für Gegenstände aus Email, Porzellan, Holz, Marmor, Glas etc.
Saponia-Werke in Offenbach a. M.

Zu haben in den Drogerien, Kolonialw.- und Haushaltungs-Geschäften.

Bringe meine bedeutend erweiterte

Leinen- und Wäsche-Abteilung

in empfehlende Erinnerung.

Reichhaltige Auswahl solider Qualitäten zu billigst gestellten Preisen in Leinen, Hemdentuchen, Damasten, Inletts etc., Leib-, Bett-, Tisch- und Küchen-Wäsche, Taschentüchern, Schürzen, Tischdecken, Bettdecken.

Anfertigung ganzer Ausstattungen als wie auch von Herren- und Kinder-Wäsche.

Bruno Freytag, Halle a. S., Leipziger Strasse 100.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070311011/fragment/page=0003

Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft.

Die Einlösung der am 1. April 1907 fälligen Zinsscheine unserer

Central-Pfandbriefe und Communal-Obligationen

erfolgt vom genannten Tage ab

Halle: bei dem **Halleschen Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co.**

Berlin, den 9. März 1907. **Die Direktion.**

Wir sind beauftragt, die am 1. April 1907 fälligen Kupons der Pfandbriefe der

Berliner Hypothekenbank A.-G.

bereits vom 15. cr. ab kostenlos einzulösen.

Halle a. S., im März 1907.

Bank für Handel und Industrie, Filiale Halle a. S.

Mk. 25,000,000 4% Anleihe der Stadt München.

Jede Tilgung bis **1913** ausgeschlossen.

Mk. 9,000,000 4% Anleihe der Stadt Frankfurt a. M.

Verstärkte Tilgung und Auslosung bis **1914** ausgeschlossen.

Zeichnungen auf diese am **13.** bezw. **14. d. Mts.** zum Kurse von

101¼ bezw. **101 Prozent**

zur Subskription gelangenden Anleihen nehme ich kostenfrei entgegen.

B. J. Baer, Bankgeschäft,

Leipzigerstraße 30.

Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft.

Die Generalversammlung der Aktionäre hat die Verteilung einer Dividende von 5½% für 1906 genehmigt und wird demgemäss der Dividendenschein Nr. 5 unserer Aktien La A und B mit Mk. 55.— von heute ab an **unserer Kasse**, sowie bei der **Bank für Handel und Industrie** in **Berlin** und deren auswärtigen Niederlassungen eingelöst.

Die **Aktien-Certifikate** sind behufs Erhebung der Dividende für 1906 bei der **Bank für Handel und Industrie** in **Berlin** einzureichen.

Der Geschäftsbericht kann kostenlos von uns selbst oder von unseren Pfandbriefverkaufsstellen bezogen werden.

Berlin, den 9. März 1907.

Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft.

Budde. **Schulzenberg.**

Die am **1. April 1907** fälligen Coupons unserer Pfandbriefe werden bereits **vom 15. März cr. ab** an **unserer Kasse** in **Berlin** und an den bekannten Zahlstellen eingelöst.

Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft.

Preussische Pfandbrief-Bank.

Bilanz pro 1906.

Aktiva.	M	₰
Hypotheken zur Deckung für Hypotheken-Pfandbriefe	262378785	68
Hypotheken zur Deckung für Hypotheken-Certifikate	5983900	—
Freie Hypotheken	3847200	—
Kommunal-Darlehne zur Deckung für Kommunal-Obligationen	31509299	19
Kleinbahnen-Darlehne zur Deckung für Kleinbahnen-Obligat.	7268754	61
Bestand eigener Emissionspapiere	1682517	75
Kassen-Bestand	1101250	14
Wechsel (M. 2,111,000 auf erste Bankhäuser)	2354627	50
Bestand an verlosten Effekten, Kupons und Sorten	309506	35
Anlage in inländischen Staats-Anleihen	1942528	90
Guthaben bei Bankhäusern gegen Effekten	6156000	—
Debitoren (M. 1,780,022.92 gegen Effekten und M. 139,298.32 inzwischen beglichen)	2012565	57
Zinsen etc. fällig am 2. Januar 1907	2734739	06
Zinsen rückständig aus dem Jahre 1906	41859	28
Bankgebäude Vossstrasse 1	1500000	—
Inventar	100	—
	330823629	03

Passiva.	M	₰
Aktien-Kapital	18000000	—
Hypotheken-Pfandbriefe zum Zinsfusse von 4%	159242400	—
Hypotheken-Pfandbriefe „ „ „ 3¾%	33582500	—
Hypotheken-Pfandbriefe „ „ „ 3½%	60688400	—
Hypotheken-Certifikate „ „ „ 4%	1796200	—
Hypotheken-Certifikate „ „ „ 3½%	4187700	—
Kommunal-Obligationen „ „ „ 4%	4478400	—
Kommunal-Obligationen „ „ „ 3¾%	5498900	—
Kommunal-Obligationen „ „ „ 3½%	20538500	—
Kleinbahnen-Obligationen „ „ „ 4%	6158000	—
Kleinbahnen-Obligationen „ „ „ 3½%	367000	—
Gekündigte noch einzulösende Emissionspapiere	208200	—
Zinsen auf verausgabte Emissionspapiere	3142515	53
Rückständige Dividendenscheine	2835	—
Kreditoren	2992941	65
Depositen	760111	05
Hypothek auf dem Bankgebäude, rückzahlbar 1911	7500000	—
Kapital-Reserve	2000000	—
Ausserordentliche Reserve	1200000	—
Reserve für Beamten-Pensionen	341284	20
Rückstellung des Agios aus verkauften Emissionspapieren	932088	17
Rückstellung des Disagios aus zurückgekauft. Emissionspapieren	10466	82
Rückstellung von Provisionen	410000	—
Rückstellung für besondere Bedürfnisse	358777	51
Reingewinn	[illegible]	—
	330823629	03

Berlin, den 31. Dezember 1906.

Preussische Pfandbrief-Bank.

Dannenbaum. Gortan. Zimmermann.

Paul Gerhardt, Geistliche Lieder.

Mit einer Vorbemerkung von Dr. Arthur Bloch und dem Bilde des Dichters.

Geheftet 1 M, in Leinenband 1 M 25 ₰, in eleg. Geschenkband mit Goldschnitt 2 M

Aus Anlass der Paul Gerhardt-Feier, die in diesem Monat in allen evangelischen Landen gefeiert wird, sind die **„Geistlichen Lieder"** in unserer Bibliothek der Gesamtliteratur soeben erschienen. Diese wohlfeile und doch schöne Ausgabe enthält **sämtliche religiöse** Dichtungen Gerhardts, soweit sie uns erhalten sind, in ihrer ursprünglichen Form. Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß sich das Büchlein auch vorzüglich zu **Konfirmationsgeschenken** eignet.

Zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen.

Halle a. S., im März 1907. **Otto Hendel.**

Ballenstedt HARZ Sanatorium

v. **Dr. Max Rosell,** früher Ass.-Arzt bei **Dr. Lahmann.**

Anwendung der diätet. physikal. Kurmittel bei Herz-, Nerven-, Frauen-, Magen-, Darm-, Leber-, Nierenleiden, Gicht, Zuckerkr., Fettsucht, Rheuma, Asthma.

Prospekt frei.

Stadttheater Halle a/S.

Dienstag den 12 März 1907

174. Ab.-V. 2. V. Umtauschkart ungültig.

Der Freischütz.

Rom. Oper in 3 Akten v. C. M. v. Weber.

Personen.

Ottokar, böhmischer Fürst E. Habich
Kuno, fürstl. Erbförster R. Asmann
Agathe, seine Tochter E. Wolf
Aennchen, eine junge Verwandte L. Mathes
Kaspar, erst. Jägerbursche M. Birkholz
Max, zweit. Jägerbursche R. Gogl
Samiel, der schwarze Jäger Th. Haven
Ein Eremit E. Blüthgnhaus
Killian, ein reicher Bauer R. Landovy
Erste Brautjungfer M. von Boer
Zweite Brautjungfer B. Grimm
Erster Jäger E. Lübben
Zweiter Jäger K. Kurzbuch
Dritter Jäger F. Amberg.

Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.

Neues Theater

Direktion E. M. Hasthaer

Dienstag, 12. März, Anfang 8½:

„Husarenfieber."

Mittwoch 4 Uhr Kleine Preise.

„Flachsmann als Erzieher."

Apollo-Theater

Direktion: **Gustav Poller.**

Nur noch 5 Tage:

Gastspiel des **„Berliner Apollo-Ensembles".** Dir.: **H. Cornelli.**

Der Stern von Siam

(Nakirl's Hochzeit).

Gr. Ausstattungs-Burleske in 3 Akten von **Paul Lincke.**

Im 3. Bilde:

„Ein Nachtfest in Siam"

Gr. Ballett, arrangiert vom Balletimeister **G. Cerutti.**

Auswärtige Theater.

Dienstag den 12. März 1907.

Altenburg. Hoftheater: Husarenfieber.
Dessau. Hoftheater: Mirandolina. Hierauf: Der Diener zweier Herren.
Erfurt. Stadtth.: Der Jubiläumsbrunnen.
Gotha. Hoftheater: Martha oder Der Markt zu Richmond.
Leipzig. Neues Theater: Der verlorene Sohn. Hierauf: Das süße Gift — Altes Theater: Husarenfieber. — Leipziger Schauspielhaus: Der Raub der Sabinerinnen. — Neues Operetten-Theater (Central-Theater): Prinzess Rödel.
Magdeburg. Stadttheater: Salome.

Verein für Nationalstenographie

Jeden Dienstag abends 9 Uhr Restaurant Mars la tour, Gr. Ulrichstr. 10.

Uebung und Unterricht.

Stenotachygraph. Gesellschaft zu Halle a/S.

Dienstag abends 8½ Uhr **Sitzung u. Uebung** im Vereinslokal **Central-Hotel** (Salamitir 6)

Allgem. Hall. Turnverein (gegr. 1861).

Vorsitzender: **G. A. Seebach,** Vergolder, Neumarktstraße 7.

Turnplan:

Abtlg. I: Jugendturner von 14 bis 18 Jahren, Montag und Donnerstag abends 8—10 Uhr;

Abtlg. II: Mitglieder von 18 Jahren und darüber Montag und Donnerstag abends 8—10 Uhr in der städt. Turnhalle a. Rohrplatz.

Abtlg. III: ältere Herren, Gesundheitsriege, Dienstag und Freitag abends 6—8 Uhr;

Abtlg. IV: a) Damen Montag 8 bis 10 Uhr, b) Damen Donnerstag 6 bis 8 Uhr;

Abtlg. V: Mädchen von 8—14 Jahr Freitag 3½—5 Uhr in der städt. Schul-Turnhalle in der Dreyhauptstraße.

Abtlg. VI: Knaben von 8—14 Jahr. Sonntags 8—10 Uhr städt. Turnhalle am Rohrplatz.

Anmeldungen werden entgegengenommen in den Turnräumen und den Turnwarten und den Turnleiterinnen. Schriftlich bei dem Vorsitzenden.

Kegelklub

sucht für Mittwochs noch einige bess. Herren als Mitglieder. Bahn: Aktienbrauerei. Gefl. Meld. u. **B. A.** 2889 an **Rud. Mosse, Brüderstr. 4.**

Süssmilch's Walhalla-Theater.

Jeden Abend

Elite-Künstler-Vorstellung.

Anschliessend

Internat. Ringkämpfe.

Heute Montag, den 11. März, ringen:

Carlos Portugal gegen **Jlia** Cuba, der schwarze Panther.

Johann Rodenbusch der taubstumme Löwe gegen **Piétro** Champion der Normandie.

Entscheidungskampf:

Pierard le Kolosse Champion von Nordfrankreich gegen **Gustav Malskies** Meisterringer von Ostpreussen.

Donnerstag, den 14. März 1907, abends 8 Uhr, in den **Thalia-Festsälen**

49. Unterhaltungsabend

des Volksbildungsvereins in Halle a. S.

Robert Schumann-Abend,

veranstaltet von Damen der Musikgruppe Halle (des Verbandes deutscher Musiklehrerinnen) unter gefl. Mitwirkung der Herren Staatsanwalt **Comte,** Oberteleg.rabengeh.lfen **Gräfe** und **Giruth,** Cellovirtuos **Schwendler** und Herrn **Siegfried Scheiber,** Gesanglehrer an Heydrichs Konservatorium.

Programm:

1. **Vortrag** von Herrn Siegfried Scheiber, Gesanglehrer an Heydrichs Konservatorium.
2. **Fantasiestücke** op. 12. a) Des Abends. b) Aufschwung. c) Warum. d) Grillen.
3. **Liederkreis:** Frauenliebe und Leben, op. 12. (Frl. Margarete Knüpfer.)

Pause.

4. **Klavierquintett** op. 44: a) Allegro brillante. b) In modo d'una marcia c) Molto vivace. d) Allegro ma non troppo.
(Frl. Mathy u. die Herren Comte, Gräfe, Giruth u. Schwendler.
5. **Vier Lieder für eine Singstimme:** a) Frühlingsfahrt. b) Intermezzo. c) Du bist wie eine Blume. d) Er ist's.
(Frl. Frida Berve.)

Blüthner-Konzertflügel aus dem Magazin des Herrn **Döll.**

Programm im Vorverkauf **25 Pfg.,** an der Kasse **30 Pfg.**

Frauen-Verein zur Armen- und Krankenpflege.

Vorträge zum Besten des Vereins:

Donnerstag den 14. März 6 Uhr im Volksschulsaale, Neue Promenade 13.

Herr Professor Dr. Saran:

„Ueber Schillers Räuber."

Eintrittskarten zu diesem Vortrage sind zu 1 Mk. zu haben in der **Lippert'schen Buchhandlung** (Dr. Niemeyer), Gr. Steinstr. 78, und am Saaleingange.

Der Vorsteher: Wächtler.

VEREIN DER LIBERALEN FÜR HALLE UND DEN SAALKREIS.

25 JÄHRIGES STIFTUNGSFEST

Festrede:

Reichstagsabgeordneter Dr. Wiemer.

Freunde der liberalen Sache — **mit ihren Damen** — sind höflichst eingeladen.

Eintrittskarten (auch für Mitglieder) werden **kostenlos** ausgegeben bei: Albert Schlüter Nchf., Gr. Steinstrasse 6 u. bei Franz Döhler, Magdeburgerstrasse 10.

Der Vorstand.

Dienstag den 12. März, abends 8 Uhr

KAISERSÄLE.

Grand Restaurant Mars-la-Tour,

Telephon 144. — Gr. Ulrichstr. 10.

Dienstag den 12. März cr.

Großes Schlachtefest.

Hierzu ladet höflichst ein **Norbert Herold.**

Obstweinschenke

an der Heide.

Zu seinem am Dienstag den 12. d. M. stattfindenden

Schlachtefest

erlaubt sich ergebenst einzuladen. **Heinr. Ricke.**

Früh von 10 Uhr an **Wellfleisch,** abends **diverse Wurst und Suppe.**

Dr. Baudler's Sanatorium

— ARNSTADT (Thüringer Wald) —

Physikalisch-diätetische Behandlung.

Kleine herrlich gelegene Anstalt. Individuelle Behandlung. Man verlange Prospekte gratis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070311011/fragment/page=0004